



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 22. September 2010

Aus Berlin

Kritik am im Kabinett beschlossenen Gesundheitsreformentwurf

Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) beschlossen. Demzufolge sollen 3,5 Milliarden Euro im Jahr 2011 bei Ärzten, Pharmaindustrie und Kliniken eingespart werden. Begrenzt werden die Honorarzuwächse in der vertragsärztlichen und hausarztzentrierten Versorgung. „Das ist ein Kostendämpfungsgesetz und keine Reform. Die notwendigen Strukturfragen sind erst gar nicht angegangen worden.“ So kritisierte der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler, den neuen Beschluss. Einerseits sei dies vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise zu verstehen. Andererseits gefährde die Reform die Attraktivität des Arztberufes, so Köhler weiter.

Die SPD-Gesundheitspolitikerin Carola Reimann verwies auf die doppelte Belastung der 50 Millionen gesetzlich Versicherten, denn zur Beitragserhöhung auf 15,5 Prozent kämen die nach oben offene Zusatzbeiträge. Grünen-Fraktionschefin Renate Künast zweifelte daran, ob es angesichts einer Rekordverschuldung tatsächlich einen Sozialausgleich gäbe. Der Gesundheitsökonom Jürgen Wasem erwartet, dass die gesetzlich Versicherten 2020 im Schnitt einen monatlichen Zusatzbeitrag von 80 Euro bezahlen werden.

Dagegen verteidigte der Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) die Gesundheitsreform: „Durch eine gemeinsame Anstrengung von Beitrags- und Steuerzahlern und Leistungserbringern wird 2011 ein Milliardendefizit in der gesetzlichen Krankenversicherung verhindert“, sagte er. (Agenturmeldungen 22. September, [Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums, 22. September](#))

Grüne stellen Antrag auf bessere Versorgung nach bestimmten ambulanten Leistungen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat bei der Bundesregierung beantragt, das Fünfte Sozialgesetzbuch so zu ändern, dass Patienten nach Klinikaufhalten und nach bestimmten ambulanten medizinischen Behandlungen, beispielsweise der Chemotherapie, bei Bedarf einen Anspruch auf Pflege sowie hauswirtschaftliche Versorgung haben. Damit will die Fraktion die Versorgung der Patienten verbessern. ([Heute im Bundestag, 17. September](#))

Aus KBV und KVen

Bundesweit größte Medizinstudenten-Befragung ist veröffentlicht

Die KBV und die Universität Trier haben mit Unterstützung der Deutschen Hochschulmedizin über 12.000 Medizinstudierende gefragt, was sie vom Arztberuf erwarten. „Die jungen angehenden Ärztinnen und Ärzte wissen, dass ihre Arbeit gefragt ist. Sie haben das Privileg, sich später aussuchen zu können, ob sie in einer Klinik oder in einer Praxis arbeiten. Sie sind selbstbewusst und flexibel“, lautet das Fazit von Dr. Carl-Heinz Müller, Vorstand der KBV.

Die Befragung ergab, dass sich lediglich 38 Prozent der Befragten vorstellen können, später als Hausarzt tätig zu sein. Eine Niederlassung als Facharzt kommt hingegen für 75 Prozent der Befragten in Betracht. 50 Prozent der Studenten erklärten, dass drohende Regressforderungen der Krankenkassen gegen eine Niederlassung sprächen. Außerdem gaben 96 Prozent an, dass sie

sich eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wünschen. ([KBV-Pressemitteilung, 20. September](#))

KV-on: KV Initiative Pflegeheim

Das vertraute Verhältnis zu ihren Patienten im Pflegeheim ist für die Berliner Allgemeinmedizinerin Franziska Ebert-Matijevic besonders wichtig. In der langfristig angelegten und engen Zusammenarbeit mit den Pflegekräften wissen alle Beteiligten auch im Notfall, was zu tun ist – und vor allem: was der Wille des Patienten ist. Das ist einer von vielen Vorteilen der meist noch regionalen Kooperationsmodelle zwischen niedergelassener Ärzteschaft, Krankenkassen und Pflegeheimen. Nun sollen diese Vorreiter bundesweit Nachahmer finden: mit der KV-Initiative Pflegeheim, an der sich alle Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) beteiligen. ([Videopodcast auf KV-on, 15. September](#))

KV-on: KVen und KBV unterstützen Kampagne gegen sexuellen Missbrauch

Die unabhängige Bundesbeauftragte zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs, Dr. Christine Bergmann, hat eine bundesweite Aufklärungskampagne zur Hilfe für Opfer gestartet. Ärzte und Psychotherapeuten sind wichtige Vertrauenspersonen für Betroffene, aber auch wertvolle Multiplikatoren. Deshalb bittet Bergmann die Niedergelassenen um ihre Unterstützung: Sie sollen Infomaterial zur Kampagne „Das Schweigen brechen“ im Wartezimmer auslegen. Aber auch ihre Expertise ist gefragt. Im Thema der Woche auf KV-on erklärt Bergmann, wofür. ([Videopodcast auf KV-on, 17. September](#))

Praxisgebühr hat keine steuernde Wirkung

Von 2004 bis 2009 haben die niedersächsischen Vertragsärzte insgesamt 972,5 Millionen Euro an Praxisgebühren für die gesetzlichen Krankenkassen von ihren Patienten eingenommen. Dies geht aus einer aktuellen Erhebung der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Niedersachsen hervor. „Die Praxisgebühr hat jedoch keinen Einfluss auf die Mengenentwicklung der ambulanten Fälle. Die Fallzahlen steigen seit 2004 kontinuierlich. Schließlich stehen die Deutschen mit jährlich 18 Arztkontakten weltweit an der Spitze. So wie sie jetzt erhoben wird, kann man die Gebühr auch gleich abschaffen“, sagte der Vorstandsvorsitzende der KV, Eberhard Gramsch.

Die Gesamteinnahmen aus der Praxisgebühr sind seit ihrer Einführung eher rückläufig. So wurden im Jahr 2004 noch 167,7 Millionen Euro von Patienten gezahlt und im Jahr 2008 149,8 Millionen Euro. Eine Ursache liegt in der kontinuierlich wachsenden Anzahl von erteilten Zuzahlungsbefreiungen. ([Pressemitteilung der KV Niedersachsen, 21. September](#))

KV Schleswig-Holstein hat gewählt

Die Vertragsärzte und -psychotherapeuten in Schleswig-Holstein haben ihre neue Vertreterversammlung (VV) für die Legislaturperiode von 2011 bis 2016 gewählt: In dem 40 Mitglieder starken Gremium haben Hausärzte künftig 18, die Fachärzte 19 und die Psychotherapeuten drei Vertreter. Die Wahlbeteiligung lag bei 62 Prozent. Die erste Sitzung des neuen Parlaments der Ärzte und Psychotherapeuten ist am 12. Januar 2011. Dann werden die Vertreter einen neuen Vorsitzenden wählen. Der Kieler Allgemeinmediziner Dr. Jochen-Michael Schäfer, der seit 13 Jahren Vorsitzender der Abgeordnetenversammlung ist, tritt nicht wieder an. ([Pressemitteilung der KV Schleswig-Holstein, 18. September](#))

KV Westfalen-Lippe und Vereinigte IKK schließen Vertrag zur hausärztlichen Versorgung

Die Vereinigte IKK und die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Westfalen-Lippe haben einen Vertrag zur hausarztzentrierten Versorgung abgeschlossen. Damit wird zum ersten Mal ein Hausarztvertrag, der bereits zwischen einer Krankenkasse und dem Hausärzterverband besteht, in der vom Gesetz zugelassenen Form mit vergleichbaren Inhalten ebenfalls mit einer KV geschlossen. „Der Vertrag bietet uns die Möglichkeit, zusammen mit einem verlässlichen Partner Versorgung aktiv neu zu gestalten und zusätzliche Honorare für Haus- und Fachärzte nach Westfalen-Lippe zu holen“, bilanzierte der Vorstandsvorsitzende der KV, Dr. Ulrich Thamer. Auch aus Sicht der Vereinigten IKK ist der Vertrag ein derzeit einzigartiges Angebot. „Wir wollen

langfristig und eng mit den niedergelassenen Ärzten zusammenarbeiten. Dabei kommt es uns auf verlässliche und innovative Partner an – unabhängig von derzeitigen politischen Interessen“, betonte Dr. Heinz Giesen, Geschäftsbereichsleiter Verträge der Vereinigten IKK. So wolle die Krankenkasse ihren zurzeit mehr als 750.000 Versicherten in Westfalen-Lippe flächendeckend attraktive Vertrags- und Versorgungsangebote anbieten. ([Pressemitteilung der KV Westfalen-Lippe, 22. September](#))

Aus den Verbänden

GKV dementiert Meldung der „Rheinischen Post“

Die von der „Rheinischen Post“ veröffentlichte Meldung, dass der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) 23 Krankenkassen als „gefährdet“ einstuft, beruht nach Aussagen des Verbandes auf veralteten Zahlen. Diese ließen keinen Rückschluss auf die aktuelle Finanzsituation einzelner Krankenkassen oder die GKV zu. Nach dem vorgelegten Referentenentwurf für ein Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der GKV schließt der GKV-Spitzenverband Schließungen oder Insolvenzen von Krankenkassen weitgehend aus. ([Pressemitteilung des GKV-Spitzenverbandes, 17. September](#), [Artikel der Rheinischen Post, 17. September](#))

GBA: künstliche Befruchtung auch von HIV betroffenen Paaren

Der Gemeinsame Bundesausschuss hat sechs Änderungen am Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) beschlossen. Zu den Neuerungen gehört unter anderem ein Beschluss, nach dem Paare, die von HIV betroffen sind, Anspruch auf eine künstliche Befruchtung als GKV-Leistung haben, wenn die gesetzlich geregelten Voraussetzungen (Paragraf 27a Fünftes Sozialgesetzbuch) erfüllt sind.

Änderungen gibt es auch in der Schutzimpfungs-Richtlinie: Schwangere können sich gegen die saisonale Influenza zulasten der GKV impfen lassen. Zudem können künftig nicht nur Patienten, die an einer Multiplen Sklerose mit Schüben leiden, die durch Infektionen ausgelöst werden, eine Gripeschutzimpfung erhalten. Auch Versicherte mit anderen vergleichbar schweren chronischen neurologischen Krankheiten, die zu Problemen bei der Atmung (respiratorischen Einschränkungen) führen können, haben Anspruch auf die Impfung.

Weitere Beschlüsse des GBA betreffen die Behandlungen vor und nach Lebertransplantationen, die Verordnung von Stimulantien, die Behandlung von Depressionen mit dem Wirkstoff Reboxetin und die Therapie mit Valproinsäure-haltigen Arzneimitteln zur Migräneprophylaxe. Der GBA legt die Beschlüsse dem Bundesministerium für Gesundheit zur Prüfung vor. Bei einer Nichtbeanstandung treten sie dann in Kraft. ([Pressemitteilungen des GBA, 16. September](#))

ÄZQ gibt Nationale VersorgungsLeitlinie zur Kommentierung frei

Bis zum 21. Dezember können Fachkreise, Interessierte und Betroffene ihre Anmerkungen zu der Nationalen VersorgungsLeitlinie (NVL) Neuropathie bei Diabetes im Erwachsenenalter abgeben. Die Kommentare werden später gesichtet und gegebenenfalls berücksichtigt. Die NVL Neuropathie bei Diabetes im Erwachsenenalter hat zum Ziel, die sektorenübergreifende Versorgung von Menschen mit diabetischer Neuropathie zu verbessern. Das Programm für NVL steht unter der Trägerschaft von Bundesärztekammer, KBV und der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften. Mit der Durchführung wurde das Ärztliche Zentrum für Qualität in der Medizin (ÄZQ) beauftragt. ([Pressemitteilung des ÄZQ, 21. September](#))

Aus der Welt

Mehr Arzneimitteltransparenz auf EU-Ebene

Das Europäische Parlament will die Medikamentenüberwachung verbessern. Durch ein entsprechendes Gesetz sollen ab 2012 alle Informationen über Wirkungen und Nebenwirkungen der Arzneimittel frei im Internet zu finden sein. Medikamentenhersteller sollen künftig dazu verpflichtet werden, bekannte Nebenwirkungen an die zentrale Datenbank der Europäischen Arzneimittelagentur EMA zu melden. Dies gilt für zulassungsgemäße und für nicht zulassungsgemäße Verwendung in der EU und Drittstaaten. (Agenturmeldung, 22. September)

Außerdem

Ärzte ohne Grenzen klagen über fehlende finanzielle Unterstützung

Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen hat die fehlende finanzielle Unterstützung der Bundesregierung für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria bemängelt. Die Organisation fordert innovative Finanzierungsmechanismen für die weltweite Gesundheit. „Die Bundesregierung gefährdet derzeit wie kein zweites Land die ohnehin schon zu bescheidenen Erfolge bei der Bekämpfung von Krankheiten in ärmeren Ländern“, mahnte Oliver Moldenhauer, Koordinator der Medikamentenkampagne von Ärzte ohne Grenzen Deutschland.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung plant, die finanzielle Unterstützung in den nächsten drei Jahren von bisher 600 Millionen Euro auf 200 Millionen Euro zu reduzieren. Auch die USA, Italien und Spanien wollen ihre Zusagen zur Finanzierung nicht erhöhen oder sogar verringern. ([Deutsches Ärzteblatt, 20. September](#))

KOMPAKT- Zahl der Woche: 88

88 Prozent der befragten Erwachsenen waren in den vergangenen zwölf Monaten bei einem niedergelassenen Arzt in ambulanter Behandlung. Das ist ein Ergebnisse der Studie „Gesundheit in Deutschland aktuell 2009“. Diese führte das Robert Koch-Institut mit insgesamt 21.262 Teilnehmern durch. ([Gesundheit in Deutschland aktuell 2009](#))

Aus dem Terminkalender

- | | |
|------------------------|---|
| 16.09.10 –
27.09.10 | Wahl der Vertreterversammlung
KV Niedersachsen |
| 23.09.2010 | Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr |
| 23.09.10 | Vertreterversammlung der KV Hamburg
Hamburg, 20 Uhr |
| 25.09.10 | Kooperationstagung „Demenz – Strategien für eine gemeinsame Versorgung“
Berlin, 10 - 16.30 Uhr |

- 06.10.10 [Im Dialog gemeinsam mit der KV Baden-Württemberg: Quo vadis ambulante ärztliche Versorgung?](#)
Berlin, 18 Uhr
- 28.10.10 [KBV kontrovers: „Deutschland: Wo sind deine Ärzte?“](#)
Berlin, 10 Uhr

Aus der Presse

Regressforderungen gestalten Niederlassung für junge Mediziner unattraktiv

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV), der Medizinische Fakultätentag und die Universität Trier haben in diesem Sommersemester mehr als 12.000 Studenten der Medizin nach ihren beruflichen Wünschen befragt. Dem Deutschen Ärzteblatt zufolge ist für die Mehrheit der Arztberuf sehr erstrebenswert. Allerdings können sich nur 38 Prozent vorstellen, später als Hausarzt tätig zu sein. 74 Prozent der Befragten gaben aber an, sich eine Niederlassung als Facharzt vorstellen zu können. Der Vorsitzende der KBV, Dr. Carl-Heinz Müller, erklärte dazu, dass die Hindernisse bei der Niederlassung beseitigt werden müssen. Die Studenten gaben unter anderem an, dass hohe finanzielle Risiken sowie drohende Regressforderungen eine Niederlassung unattraktiv gestalten. „Mit unseren Forderungen liegen wir also richtig: Bürokratieabbau, eine angemessene Honorierung und die Beseitigung des Regressrisikos sind unabdingbar, um ärztlichen Nachwuchs in die Praxen zu holen“, so Müller. 96 Prozent der befragten Studenten sagten zudem, dass ihnen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im späteren Berufsalltag wichtig sei. Zudem erklärten viele, dass sie später nicht in kleinen Städten arbeiten wollen. Müller betonte: „Ohne eine besondere Förderung der Niederlassung in ländlichen Gebieten wird es uns nicht gelingen, genügend Hausärzte für eine flächendeckende Versorgung zu gewinnen.“ ([Deutsches Ärzteblatt, 20. September](#))

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV
Tel: 030 / 4005 – 2203
Fax: 030 / 4005 – 27 2203
E-Mail: agromes@kbv.de, imohr@kbv.de,

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>